

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

295 (19.12.1927)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 spalten Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für auswärts 12 Pfennig. Belegblätter 20 Pfennig und Stellenanzeigen 6 Pfennig. Die 24-spaltige Millimeterzeile 45 Pfennig. Nach dem Tarif, bei der Nichterfüllung des Zeitungspreises, bei gerichtlicher Dretzung und bei Konturs außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe L. B. o. Schlus der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags.

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikfunde / Sport und Spiel / Feimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenrecht

Bezugspreis monatlich 2,30 Mark o. ohne Zustellung 2 Mark o. Durch Me. Post 2,40 Mark o. Einschreibpreis 10 Pfennig o. Einschreib 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfach Nr. 2090 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. B. Wobstraße 28 o. Jerruss 7029 und 1921 o. Postfach-Nr. 2090: Durlach, Wobstraße 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 20; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Langenstraße 28

Nummer 295 Karlsruhe / Montag, den 19. Dezember 1927 47. Jahrgang

Reichsrat und Reichswehrretat

Preußen forderte Streichungen am Wehretat

Am Samstag nahm der Reichsrat Stellung zu dem Etatsentwurf für 1928. Dabei kam es erneut zu Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und Preußen. Erstes Ziel war die preußische Regierung aufzuerst, Streichungen an dem veränderlich ausgestatteten Wehretat zu fordern, und außerdem den Reichsrat zu bewegen, die Streichung der ersten Rate für ein neues Panzerschiff. Ueber den Verlauf dieses Abchnittes der Reichswehrverhandlungen wird berichtet:
Der preußische Staatssekretär Dr. Weismann beantragte 1,3 Mill. für Neubauten von Finanzämtern, 9,3 Mill. für den Ausbau eines Panzerschiffes, 6,3 Mill. für militärische Ausgaben am Reichswehrretat zu streichen. Nachdem der Finanzminister der Reichsregierung die Mittel für Neubauten widersprochen hatte, wurde der entsprechende Antrag Preußens mit 39 gegen 28 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten: Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin. Zu dem Reichswehrretat für den Ausbau eines Panzerschiffes erklärte der Reichswehrminister Dr. Gehler, er könne die Verantwortung dafür nicht übernehmen, das das für Deutschland festgesetzte Höchstmaß der Seerüstungen beibehalten werde. Der planmäßige Ausbau der Marine sei nötig, weil sonst unsere Werften keine Schiffbauarbeiten hätten und es geschlossen werden müßten. Staatssekretär Dr. Weismann erwiderte darauf, daß Preußen der Ansicht sei, daß die auf 80 Millionen Mark geschätzten Gesamtkosten für den

Neubau eines Panzerschiffes in den nächsten Jahren nicht auszubringen seien, und daß bei einem verzögerten Bau über viele Jahre hindurch der Top veraltet sein würde. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag Preußens mit 39 gegen 28 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten: Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Bremen, Mecklenburg-Schwerin, sowie die Vertreter der preußischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Schleswig-Holstein. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde auch der preußische Antrag angenommen, im Reichswehrretat rund 6,3 Millionen für militärische Zwecke zu streichen. Reichsfinanzminister Dr. Brüning erklärte, die Reichsregierung werde nach Annahme der preußischen Anträge dem Reichstage eine Doppelvorlage zugehen lassen.
Was Preußen im Reichsrat begonnen hat, wird die Sozialdemokratie im Reichstag fortsetzen. Am Wehretat können, ohne jede besondere Schädigung des vorhandenen militärischen Betriebs 50-60 Millionen gestrichen werden. Das hat die Sozialdemokratie auch schon im Etat 1927 gefordert; leider vergeblich. Die vom Reichsfinanzminister angeforderte Doppelvorlage der Reichsregierung wegen der oben erwähnten Streichungen, wird zu interessanten Auseinandersetzungen im Reichstag führen, zumal, wenn dabei auch Herr Dr. Brüning gegen die im Reichsrat beschlossenen Streichungen auftreten wird.

Ein Sieg vor der Niederlage

Im Reichstag hat am Samstag die brutale Nacht über Nacht, Gesetz und soziale Gerechtigkeit. Der Reichstag hat die Vorlage über die Lohnsteuer in der Form verabschiedet, die er ihr im Ausschuss des Reichstags gegeben hatte. Die ursprüngliche Vorlage der Reichsregierung war damit erledigt. Auch der Antrag der Sozialdemokratie, der den Steuerfreien Lohnbetrag um je 40 Mark monatlich erhöhen wollte, was einer Ermäßigung der Lohnsteuer um je 4 Mark entspricht, wurde abgelehnt. Das neue Gesetz bringt eine Ermäßigung der Lohnsteuer von 15 Prozent, jedoch nur 2 Mark pro Monat im Höchstfall. Die Belastung der Lohnsteuerzahler bleibt dadurch höher als sie im Jahre 1926 beschlossenen war. Denn nur der sozialdemokratische Antrag hätte jene Anpassung der Lohnsteuerbelastung auf den früheren Stand herbeigeführt, die durch die sogenannte Lex Brüning gesetzlich festgelegt worden war.
Aber nicht nur der einzelne Lohnsteuerzahler wird getrefft, sondern alle Lohnsteuerzahler zusammen in noch härterer Weise. Durch die Lex Brüning ist die gesetzliche Verpflichtung festgelegt worden, die Lohnsteuer zu zahlen, wenn ihr Ertrag über 1200 Millionen Mark jährlich hinausgeht. Jetzt, wo zum ersten Mal davon Gebrauch gemacht werden soll, bricht der Rechtsblock sein Versprechen und löst die gesetzliche Verpflichtung nicht ein. Im Jahre 1927 werden infolge dessen aus der Lohnsteuer mindestens 100 bis 150 Millionen mehr in die Reichskasse fließen als gesetzlich zulässig ist. Weit schlimmer ist jedoch, daß der Rechtsblock die Lex Brüning für die Zukunft gleichzeitig erheblich verschlechtert hat. Im Jahre 1928 soll überhaupt keine Senkung der Lohnsteuer erfolgen, sie wird frühestens möglich mit dem 1. April 1929. Das Aufkommen aus der Lohnsteuer soll außerdem statt 1200 Millionen 1300 Millionen betragen. Es ist schließlich auch die Art der Senkung völlig offen gelassen, jedoch der unsoziale Weg gegangen werden kann. Die Begrenzung der Lohnsteuer auf 1300 Millionen ist aber nur ein grober Täuschungsversuch. Die Reichsregierung rechnet selbst, daß die Lohnsteuer 1928 1560 Millionen erbringen wird. Der Ausfall durch die letzte Ermäßigung wird auf 180 Millionen geschätzt. Danach also würde immer noch ein Ertrag von 1380 Millionen bleiben. In Wirklichkeit wird er viel höher sein, weil sowohl der Gesamttrag der Lohnsteuer höher geschätzt werden muß als 1560 Millionen, und weil auch der Ausfall geringer sein wird als 180 Millionen. Den Lohnsteuerpflichtigen wird also eine Mehrbelastung von mindestens 300 bis 400 Millionen gegenüber dem jetzigen gesetzlichen Zustand auferlegt. Aus diesen Gründen hat die Sozialdemokratie dem Antrag der Regierungsparteien die Zustimmung verweigert. Das haben die Demokraten und Kommunisten getan.
Es ist eine Treführung, wenn die Reichsregierung behauptet, der Widerstand der Länder hätte sie zu dieser Abweichung von der Lex Brüning gezwungen. In Wirklichkeit hat der Reichsfinanzminister den Ländern versprochen, er werde ihnen die Mittel für die Befolgung der Beamten durch erhöhte Erträge der Einkommen- und Körperschaftsteuer liefern. Es ist traurig, daß man einen Reichsfinanzminister erst darauf aufmerksam machen muß, daß die Reichsregierung für die Ausführung von Reichsgesetzen verantwortlich ist und sich nicht hinter den Widerstand der Länder verstecken darf. Er wäre auch leicht zu befehligen gewesen, wenn man den Versuch gemacht hätte, eine qualifizierte Mehrheit für die Ausführung der Lex Brüning im Reichstag zu erhalten.
Daran aber hat es in jeder Beziehung gefehlt. Die Regierungsparteien wollten keine Verständigung mit der Sozialdemokratie, weil die sozialdemokratische Deutsche Volkspartei sich mit der größten Entschiedenheit gegen jede lokale Erfüllung der Lex Brüning gewandt hatte. Der Abg. Reimann hat in der Samstagsstunde die wirklichen Absichten der Deutschen Volkspartei unverhüllt dargelegt. Nach ihrem Antrag sollte a. B. die Ermäßigung der Lohnsteuer bei einem Einkommen von 125 Mark monatlich mit 25 Pf. monatlich beginnen, bei einem Einkommen von 50 000 Mark aber 6500 Mark jährlich, bei 200 000 Mark 11 500 Mark und bei 1 Million gar 51 500 Mark betragen! In dem gleichen Atemzuge, in dem Herr Reimann dafür eintrat, daß die allerärmsten Einkommen Lohnsteuer zu zahlen hätten, forderte er die völlige Befreiung des Abzugs von Kapitalrenten. Die Arbeiter sollen steuerpflichtig, die Kapitalisten steuerfrei sein.
Der Rechtsblock hat also seinen Willen, die Lohnsteuerzahler zu betrügen, durchgesetzt. Der monatelange hartnäckige und sachliche Kampf der Sozialdemokratie hat die Lohnsteuerzahler nicht davon schrecken können, um ihr Recht betrogen zu werden. Bei den nächsten Wahlen müssen sie sich es durch den Stimmzettel selber erobern!

Zum Schiedspruch in der Eisen- und Stahlindustrie

Schädigung der Arbeiter durch die christlichen Gewerkschaften
Eisen, 19. Dez. (Funkdienst). Die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Eisen nahmen am Sonntag ebenfalls an den Verhandlungen und dem Schiedspruch für die Eisen- und Stahlindustrie der nordwestdeutschen Gewerkschaften. Referent war der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Karl Wolf, der an den Tarifverhandlungen teilgenommen hatte. Er führte u. a. aus:
„Ein besonderes Merkmal, das die Stellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ganz erheblich erschwerter, war die Unmöglichkeit der drei Gewerkschaftsrichtungen in der Aufstellung ihrer Forderungen. Wir wollen gerne anerkennen, daß zwischen dem Christlichen Gewerkschaftsverband und dem Deutschen Metallarbeiterverband nur einige kleinere, im Wortlaut der Forderungen liegende Differenzen ohne Belang bestanden. Aber mit dem Christlichen Metallarbeiterverband war es unmöglich, auf eine Linie zu kommen. Seit 1924 forderten die Gewerkschaften aller drei Richtungen bei jedem Kündigungstermin die Wiedereinführung der dreizehneinhalb Stunden und den allgemeinen 8-Stundentag.“

Dieser Boden wurde diesmal vom Christlichen Metallarbeiterverband glatt verlassen. Man beehrte sich vornehmlich auf die Verteidigung der Verordnungen und die Wiedereinführung der 8-stündigen Arbeitszeit für einige andere Arbeitergruppen. Man betonte positiv, daß sie nicht die Absicht hätten, den sog. schematischen 8-Stundentag zu fordern. In dem Punkt der Schlichtungsverhandlungen gab es infolge dieser Haltung recht unangenehme Szenen zum Schaden der Arbeiterchaft.“

Am Schluß der Konferenz wurde eine Entschliessung angenommen, in welcher der Schiedspruch als unbefriedigend erklärt wird. Inbezug auf den Lohnvergleich betraufte die Konferenz eine Ablehnung des Schiedspruches sogar als ein Gebot der Selbstachtung.

Sozialistische Konferenz

Berlin, 19. Dez. (Funkdienst). Am Sonntag tagte im Sitzungssaal des Parteivorstandes der SPD. in Berlin eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteien Norddeutschlands. Die Konferenz war äußerst zahlreich besetzt. Vom Parteivorstand der SPD. nahmen an den Verhandlungen teil: Otto Wels, Hilferding, Breitscheid und Crispien. Die Konferenz befaßte sich mit den inneren Problemen der Beziehungen der einzelnen Parteien zueinander und nahm insbesondere ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Ereignisse in Litauen entgegen. Es fand eine ausführliche Debatte statt, an der sich die meisten Teilnehmer der Konferenz beteiligten. — Die Sitzung wurde auf Montag vormittag vertagt.

Zuchthaus für nationalistische Totschläger

6 Jahre und 6 Monate Zuchthaus im Arensdorfer Prozeß

Das Urteil im Arensdorfer Totschlägerprozeß wurde am Samstag abend — 7 Uhr — verkündet. Es lautet folgendermaßen:
Der Angeklagte August Schmeller wird wegen Totschlägers und Totschlägersversuches zu einer
Zuchthausstrafe von 5 Jahren
und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre verurteilt.
Der Angeklagte Paul Schmeller wird wegen Beihilfe zum Totschlag und zum versuchten Totschlag zu
1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus
und außerdem zu 50 M. Geldstrafe wegen verbotenen Waffenbesitzes verurteilt. Der Angeklagte Paul Schmeller wird in Haft genommen, weil er wegen der Höhe der Strafe fluchtverdächtig erscheint.
In der Urteilsbegründung stellte das Gericht zunächst fest, daß der Hintergrund der Tat die traurige politische Zerrissenheit sei, die den auch als verächtliche Menschen angesehen werden. Die Verantwortung für diese gegenseitige Verhetzung setztzu stellen, sei nicht Sache des Frankfurter Gerichts. Das Gericht stellt fest, daß die ersten Mängel der Arensdorfer Bewegung zum Teil ausgeteilt hat und daß er dafür auf der Stelle keine Gegenmaßnahme bezogen habe. Es war dies nicht nötig, feierte die Begründung fort, daß die jüngeren Reichsbannerleute weiter in das Dorf vorgingen, aber sie wurden dazu gereizt durch den Zuruf: „Mordjungen!“ Die ganze Anwesenheit bekam aber einen tragischen Charakter erst, als August Schmeller zur Waffe griff. Es läßt sich nicht feststellen, ob er zuerst geschlagen wurde oder zuerst geschlagen habe. Zu seinen Gunsten hat das Gericht angenommen, daß er zuerst geschlagen wurde und dadurch in Wut geriet. Er hat dann das Gewehr erhoben und die Schiffe abgeben mit den bekannten traurigen Folgen. Das Gericht hat angenommen, daß in dieser Handlung Totschlag zu erstens möglich vorstellte und trotzdem geschossen hat. Wer die Hände an die Waffe reißt und in einen Haufen Menschen hineinläuft, der muß sich darüber klar sein, daß da ein Unheil passieren kann. August Schmeller hatte den bedingten Vorlass zum Töten

und ist deshalb des Totschlags schuldig. Was den alten Schmeller anlangt, so hat das Gericht sich nicht entscheiden können, auf die Aussage des Bläbrienen Knaben allein die Verurteilung wegen Anstiftung auszusprechen. Es sind zwar Anzeichen dafür vorhanden, daß eine solche Anstiftung vorliegt, aber da sie nicht in voller Klarheit erwiesen werden, so konnte das Gericht ihn nicht wegen Anstiftung verurteilen. Auch der Begriff der Mittäterschaft käme nicht in Frage, wohl aber der der Beihilfe, da Paul Schmeller seinem Sohn nicht nur durch Unterlassung, sondern auch positiv durch sein Tun Hilfe geleistet hat. Wäre der Vater nicht mit der Waffe als Führer der Arensdorfer vorgegangen, dann wäre auch Paul Schmeller wahrscheinlich nicht allein mit der Wut auf die Reichsbannerleute losgegangen. Das Gericht hat August Schmeller mildernde Umstände verurteilt, aber bei der Strafverurteilung auf seinen psychopathischen Zustand Rücksicht genommen und deshalb die geringste zulässige Strafe von 5 Jahren Zuchthaus festgesetzt. Auch bei dem Vater Schmeller hat das Gericht mildernde Umstände verurteilt. Da die Mindeststrafe für Beihilfe in diesem Falle 1 1/2 Jahre Zuchthaus beträgt, ist das Gericht aber nur um wenige Monate über dieses Mindestmaß hinausgegangen mit Rücksicht darauf, daß Schmeller durch seine Verurteilung auch wirtschaftlich ruiniert sein dürfte, besonders da er auch die gesamten Kosten des Verfahrens zu tragen hat.

Endlich hat sich auch einmal ein deutsches Gericht gefunden, das es wagte, nationalistische Totschläger ins Zuchthaus zu focken. Der Verlauf des Prozesses hat klar erwiesen, daß das Reichsbanner ein hohes Maß von Ruhe, Besonnenheit und Langanmut bewiesen hat, obwohl ihm eine Horde aus schlimmsten fanatisierter Menschen entgegen gestanden hat. Erfahren nur ein paar mal die Hakenkreuzler und ihre Gefinnungsangehörigen, daß im Falle der Schuld auch sie ins Zuchthaus wandern, werden die an und für sich feigen und meist traurigen Gefellen schnell die Luft an Ueberfällen verlieren. Die Verurteilten haben Reue nicht eingelockt. Sie hoffen auf das Reichsgericht, das bisher allerdings ein ungemein hohes Verständnis für nationalistische Putschisten und Gewaltmenschen bewiesen hat.

Untergang eines amerikanischen Unterseebootes

U.S. Provincetown (Mass.), 18. Dez. Das amerikanische Unterseeboot „S. IV“ wurde heute auf der Höhe von Woodend von einem Zerstörer „Serrano“ und eingeleitet. Von der aus vier Offizieren und 35 Mann bestehenden Besatzung konnte niemand gerettet werden. Der Zerstörer war gerade im Begriff, in den Hafen einzulaufen, als das Unterseeboot plötzlich vor ihm hervorkam. Da er keine Fahrtichtung nicht mehr ändern konnte, stießen die Schiffe zusammen. Der Zerstörer erreichte den Hafen mit Wasser im unteren Schiffsraum. Das U-Boot „S. IV“ achtert zur gleichen Klasse, wie das im Jahre 1925 auf der Höhe von Block Island von einem Dampfer gerammte U-Boot „S. 51“, das mit 33 Offizieren und Mannschaften unterging.
Lebenszeichen von der Mannschaft?
U.S. Provincetown (Mass.), 18. Dez. Ein mit der Beobachtung des gesunkenen amerikanischen Unterseebootes „S. IV“ beschäftigtes Unterseeboot meldet, daß es von der eingeschlossenen Besatzung des Unterseebootes „S. IV“ Antwortsignale erhalten habe.

Die ungenügende Lohnsteuererleichterung

Die Lex Brüning von 1200 auf 1300 Millionen erhöht

Von St. Meier, M. D. R.

Nach wochenlangem Hin und Her haben sich die Regierungsmehrheit mit der Reichsregierung in der Frage der Lohnsteuererleichterung auf einen Kompromiß geeinigt, der unter Beibehaltung des bisherigen Systems der Freigrenze und Familienabzüge eine Erleichterung von dem zu entrichtenden Steuerbetrag vorstellt, der im Durchschnitt 24 % jährlich, 2 % monatlich, 0,50 % wöchentlich beträgt. Im ersten Regierungsentwurf vorgesehene Senkung des Einkommensteuertarifs für die veranlagten Einkommensteuerpflichtigen ist nicht erfolgt. Die veranlagten Einkommensteuerpflichtigen sind im Rahmen der vorliegenden Lohnsteuererleichterung bis zu einem Einkommen von 8000 M die gleichen Vergünstigungen, Kleinrentner, die bei der Lohnsteuer nicht erhoben werden, wenn sie 0,80 M monatlich oder 0,20 M wöchentlich nicht erreichen, werden im neuen Gesetz auf eine Mark monatlich oder 0,25 M wöchentlich erhöht.

Von einschneidender Bedeutung ist im neuen Gesetz die Bestimmung, daß sämtliche Ermäßigungen erst nach Ablauf eines ganzen Kalenderjahres statt bisher einem halben vorgenommen werden können und jede Bindung in Bezug auf die Art der vorzunehmenden Senkung abgelehnt wird.

Das ist im großen der von den Regierungsparteien vorgeschlagene Kompromißentwurf, den die Reichsregierung angenommen und der Reichstag eine Mehrheit gefunden hat. Die Sozialdemokratie hat sich, einmal weil die Lex Brüning völlig verstimmt und weil die praktischen Durchführung des Lohnabzuges namentlich für kleinen Gewerbetreibenden noch komplizierter gestaltet wird als heute schon der Fall ist. Zweitens weil der Arbeitgeber, wenn er die Lohnsteuer für seine Arbeitnehmer berechnen will, erst die Lohnsumme einleihen, dann den Dreiteil, dann den Steuerbetrag und von dem 15 Prozent Steuerermäßigung abziehen. In der Praxis wird aber nicht immer so einfach sein, wie hier dargestellt ist.

Entscheidend für die Sozialdemokratie und ihre Haltung zu dem neuen Gesetz, das Erleichterungen bringt, die nicht bestritten werden sollen, ist die Tatsache, daß durch den neuen Weg der Steuerermäßigung der Sinn des Existenzminimums nicht gewahrt bleibt. Man man in Bezug auf die Steuerbelastung dem Staatsbürger verweigert, daß das, was er unbedingt an materiellem Aufwand für seinen Lebensunterhalt braucht, steuerfrei bleiben muß, so hat man im Gegenteil, dieses einmal anerkannte Existenzminimum auch entsprechend zu entwickeln und den Verhältnissen anzupassen. Niemand wird bestreiten können, daß das im Jahre 1925 anerkannte Existenzminimum von 1200 M jährlich für den ledigen Steuerzahler heute noch der ungenügenden Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Reichsregierung erheblich übersteigt ist. Und es war der Reichsfinanzminister Dr. Brüning, der im Reichstag selbst in einer Rede geäußert hat, daß ihm das Anwachsen der Einkommen gewisse Sorgen bereite. Das Anwachsen der Einkommen aber, die jetzt die Lebensgrundlage bilden, bedeuten eine künstliche und dazu noch verantwortliche Steigerung der Lebenshaltungskosten der breiten Massen.

Die steigenden Lebenshaltungskosten sind die Ursache der Lohnkampfe, die Ursache der notwendig gewordenen Beschränkung der Beamten und Arbeiter der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe; sie sind die Grundlage des Antrags der Sozialdemokratischen Partei am letzten sozialdemokratischen Parteitag, die Beteiligung des Privatkapitals zu verhindern. Ich bin nun aus eigener Erfahrung, daß man vorzüglich sein gegenüber Zeitungsberichten über Verarmungsreden; man darf man doch wohl als richtig voraussetzen, daß Herr Seubert mit der Schuld zuschiebt an der Tatsache, daß die Eisenbahnen noch nicht elektrifiziert sind. Mit diesem Argument ist schon einmal aus der Zentrumsparlei heraus getrieben worden und da solche Lügen ein jähes Leben sind, will ich folgende Feststellungen machen: Als es im Jahre 1921 darum handelte, die Elektrizitätswirtschaft der engeren Staatsverwaltung auszuwickeln, hat nicht vom Zentrum die Beteiligung von Privatkapital verlangt. Wohl waren Stimmen vorhanden, die die Beibehaltung der reinen Staatsverwaltung wünschten; nur aus den Reihen der Deutschnationalen und später auch von einzelnen

demokratie auf Heraushebung des Existenzminimums bei der Lohnsteuer. Wird das Existenzminimum nicht erhöht, so wird damit die Steuerlast der Lohn- und Gehaltsempfänger verschärft, was sich nachweislich in dem erheblichen Answellen der Aufkommen der letzten Monate zu erleben ist.

Die Sozialdemokratie kämpft gegen die steuerliche Überlastung der Lohn- und Gehaltsempfänger. Und daß sie steuerlich überlastet sind, mußte ja auch die Reichsregierung anerkennen. Die jetzt beschlossene Erleichterung ist nur eine Scheinbare. Die Aufkommen der nächsten Monate aus der Lohnsteuer werden das bestätigen. Diese Scheinbare Erleichterung, die nur einer formalen Geste gleichkommt, lehnt die Sozialdemokratie ab und muß die Verantwortung für die Folgen denen überlassen, die sie jetzt beschließen.

Das Zentrum mußte im politischen Schlepptau der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die steuerliche Verschlechterung der Lohn- und Gehaltsempfänger hinnehmen, wollte es nicht die ganze Regierungskoalition gefährden. So sind die Lohn- und Gehaltsempfänger bei der Wahrung ihrer Steuerrechte wieder einmal das Opfer der politischen Machtverhältnisse des gegenwärtigen Reichstags und der gegenwärtigen Reichsregierung geworden.

Daß die Sozialdemokratie den Antrag auf Heraushebung des Existenzminimums von 100 auf 140 M im Monat gestellt und diesen Kompromiß abgelehnt hat, hat seinen Hauptgrund in der sozialen Schichtung der Lohn- und Gehaltsempfänger. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts haben wir in Deutschland etwa 25 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger. Davon sind für die Lohnsteuer nach dem letzten System nicht ganz 16 Millionen erfasst. Rund 9 Millionen haben ein so erbärmliches Einkommen, daß sie für eine Steuerleistung nicht in Frage kommen. Etwa 14 Millionen haben ein Einkommen, das im Durchschnitt 2000 M jährlich nicht übersteigt. Weitere 1 1/2 Millionen verfügen über ein jährliches Einkommen, das 4000 M nicht übersteigt. Der Rest von rund 300 000 teilt sich in die größeren und größten Einkommen. Die Steuerleistung aus der Lohnsteuer wird zu 90 Prozent des Gesamtaufkommens von den zwei ersten Gruppen aufgebracht, davon bringt die erste allein über 75 Prozent.

Die hier dargestellte soziale Gruppierung war entscheidend für das Vorgehen der Sozialdemokratie. Denn diese unteren Gruppen leiden auch am stärksten unter dem steuerlichen Druck der Verbrauchssteuern und Zölle, die rund 5 Milliarden im Gesamtaufkommen betragen.

Am die Millionen der Lohnempfänger zu entlasten, den wahren Sinn eines gerechten Existenzminimums nicht nur jetzt, sondern auch für alle Zukunft als einen wirklichen sozialen Zug der Steuererleichterung der Republik zu erhalten, hat die Sozialdemokratie ihren Kampf gegen die Verarmung der Lex Brüning geführt. Dieser Kampf ist damit nicht beendet, daß die gegenwärtige Mehrheit des Reichstags das neue Gesetz beschließt. Die Sozialdemokratie wird die Lohn- und Gehaltsempfänger über den jetzt gefällten politischen Machtpruch, der jeder sozialen und sachlichen Erwägung Hohn spricht, aufklären und dafür sorgen, daß in der großen politischen Auseinandersetzung, die uns bevorsteht, diese unsoziale politische Mehrheitsbildung gebrochen wird.

Volksparteikern wurde die Beteiligung des Privatkapitals verlangt. Aber auch wenn das Privatkapital beteiligt wäre, so wäre dadurch die Elektrizifizierung um keinen Schritt weiter als sie heute ist. Von Zentrumsseite sind aus agitatorischen Gründen auch schon Bemerkungen gefallen, ich hätte verhindert, daß ähnlich wie in Bayern, die Reichsbahn sich an badischen Unternehmungen beteilige und bei Herrn Seubert muß ich schon darauf gefaßt sein, daß er sich auf diesen Punkt zurückziehen will. Aber auch damit ist es nichts. In Bayern ist die Reichsbahn nicht an der Elektrizitätswirtschaft beteiligt, sondern an einzelnen Kraftwerken, die Kraft liefern für den Eisenbahnbetrieb. In Baden ist am 1. Januar 1927 die Beteiligung an Kraftwerken nicht in Frage und heute, wo diese Beteiligung in Frage kommt, bin ich von vornherein sogar für eine möglichst weitgehende Beteiligung der Reichseisenbahn eingetreten. Ich bin sogar miteinander einverstanden, daß an den Kraftwerken noch andere Unternehmungen beteiligt

ererschüttert werden. Als erster Hohenzoller, der die Ehre als Gast in diesem Hause zu weihen, erbehe ich mein Glas und sage als auf das Wohl des alten Geschlechtes unseres Gastgebers, lebe das Haus Kr.! Nach kurzer Verwendung vor der Dame meines Hauses und dem Hausherrn leerte ich das Glas. Beide dankten für die Ehre, die so ihrem Hause zuteil ward. Auf allen Seiten lag etwas wie Reid. Die Unterhaltung wurde jetzt noch schärfer, und da recht sehr getrunken wurde, stieg die Stimmung immer höher. Der alte Kammerherr v. W. erzählte von seinen Reisen nach den englischen Kolonien. Breitwurst lag er mit seinen mächtigen Körper da und polterte: „Donner und Doria! Das ist ich Ihnen, meine Herren, die Engländer haben es raus, mit ihren Leuten fertig zu werden! Wie die mit ihren Kulis in Indien umbringen, einfach fabelhaft! Müste in Deutschland so sein! Hat mir bis auf die Knochen imponiert! Und erst der engländer! Da verstehen sie zu leben! Ich bin mehrfach auf Schloß Windsor und Balmoral zu Gast gewesen. Königliche Hobeit werf! In die englischen Königsschlösser kennen?“ — „Weider nehm, Kammerherr.“ — „Aber Osborne auf der Insel Wight ist eine königliche Hobeit doch bekannt?“ — „Bedaure, gleichfalls nicht.“ — „Kammerherr, ich bin nie in England gewesen.“ — „Schade, denn, na, werden Sie noch alles nachholen. Also, durch den Chef meines Hauses, den Fürsten v. Wolfstat — lebt dauernd drüben in England — bin ich schon früh in der dortigen Gesellschaft einbezogen worden. Fühle mich im merry old England wie zu Hause. Das waren auch Tage, als der Kaiser zur Zeit der letzten Reisen mit der „Hohenzollern“ und dem „Meteor“ in Comes an der Reaorta teilnahm. Na, der hat den Engländern und ihrer vornehmen Royal Yacht „Squadron“ gezeigt, was eine Harte ist. Die Hobeit! Als ich hernach mit einigen englischen Offizieren zum Zusammenkunft, so zum Abendessen, weiß nicht, Savoy-Restaurant oder Hotel, die Karte waren rein toll!“ — „His Majesty the Emperor! The German Emperor!“ so ging in einer Tour. Ich bin schon gar nicht mehr dazu, jedes Hoch auf den Kaiser mit dem Hoch auf die Königin zu quittieren. Zum Schluß ichrie ich mir noch einmermal: „Wie ist denn dann bloß möglich gewesen, daß wir so hernach so alle Sompathien in England verifiziert haben?“ — „Kammerherr suchte die Ursache.“ — „Ja, merkwürdig, Königliche Hobeit!“ — „Zeit schaffte es von der Krauswurde herüber: „Ich kan' nur noch Industriekartoffeln. Haben ja 'n ganz anderes als die anderen mitreinen Dinger. Na, natürlich! Immer die Mist druff und Sauche rüber! Ich laue Ihnen, machen wie die Rabieschen!“ — „Königliche Hobeit, ich erlaube mir, auf Ihr

Wohl zu trinken“, sprach leise und sich verneigend der Rittmeister v. W. zu mir. Mit einer vornehmen Bewegung führte er das Kristallglas mit dem Koburger Wapen an die Lippen. Die Diener wechelten wieder die Teller. Es gab jetzt Gansbraten mit allen möglichen Zutaten. Major! Haha! Groß Weidmannsheil!“ Die Herren hatten schon alle rote Köpfe bekommen. Nur der Rittmeister sah kühl und indigiert zu der Landjunkerrede hinüber, wo der alte K. gerade erzählte, wie vor einigen Tagen auf seinem Gut eine Kuh getötet habe. „Ich laue Ihnen, Herr Baron, ich habe ein Vatermörder nach dem Namen getötet! Sechs Mann haben an dem Hals gezogen. Nicht rauszutragen! Mir ist der Waffel nur so den Büdel lang gefahren vor Angst, daß mir die Kuh mit dem Hals zum Deibel geht.“ Der Rittmeister hatte die Augenbrauen hochgezogen und spielte nervös mit dem Messerhänkechen. Der Hausherr selbst trant ein Glas nach dem anderen, so daß er bald einen gehörigen Schwips wegahnte. „Frau Kammerherr, ich trinke auf das Wohl der lebenswürdigen Hausfrau!“ Sie nickte mir freundlich zu. „Ich danke Ihnen, lieber Prinz. Ist es Ihnen nicht zu laut?“ — „Durchaus nicht!“ — „Bei den Jagdlinern wird immer recht viel getrunken. Das ist nun mal das Privileg, das die Herren sich nicht nehmen lassen. Ist es Ihnen auch bezaulich, Königliche Hobeit?“ — „Sehr loaz, Frau Kammerherr.“ — „Man ist heutzutage gar nicht darauf eingerichtet, hier draußen Gäste zu empfangen. Als uns kürzlich der Herzog besuchte, hatten wir gerade Schlachttag. Da konnte ich ihm nichts anderes als Murr vorsetzen. Er kam auch zu spät.“ — „Es würde mir sehr leid tun, falls anädige Frau durch meine Anwesenheit sich irgendwie hätten bemühen müssen.“ — „Ich bitte Sie, Königliche Hobeit! Ich hoffe, daß Königliche Hobeit mit dem Vergnügen, was man heutzutage noch bieten kann, vorliebnehmen. Anfangs war ich ja recht anästlich, ob auch alles auf genau sein würde. Aber leidend ich Sie, lieber Prinz, kennengelernt und gesprochen habe, ist es mir, als ob wir schon lange sehr gut miteinander bekannt wären.“ Der alte W. sprach noch immer von seinen Engländern: „Das Fabelhafte sind die „Eveningjackets“ der englischen Offiziere. Uniform! Statt Waffenrock eine Art Smoking mit bunten Aufschlägen, in den Farben des Regiments. Zum Beispiel mit weißen Atlasaufschlägen. Wahnsinnig vornehm! Mädelchen sollen mal geübert haben, so 'ne Eveningjackets auch im deutschen Offizierskorps einzuführen. Wär' kein gewesen, was?“ — „Na, unsere Friedensuniform war doch nicht von Panze! Wir haben doch 'n Mokka extra mit so 'n paar Uniformen zur Ansicht nach drüben geschickt“, meinte der Major v. S.

(Fortsetzung folgt.)

sind. Ich wäre aber nicht damit einverstanden, daß die Reichseisenbahn und andere Unternehmungen am Badenwert selbst beteiligt werden; daran sind diese aber auch gar nicht interessiert. Das ist nicht nur mein Standpunkt; diesen Standpunkt hat auch der Finanzminister Dr. Brüning eingenommen und nimmt ihn meines Wissens auch der jetzige Finanzminister Dr. Schmidt ein. Herr Seubert kann also für seine Behauptung, ich sei irgendwie schuld daran, daß die badischen Bahnen noch nicht elektrifiziert sind, keinerlei Unterlagen haben und hat sich diese Behauptung aus agitatorischen Gründen aus den Fingern gezogen. Man merkt eben, daß die kommenden Wahlen ihre Schatten voraus werfen und da genügt es dem Herrn Seubert offenbar nicht, alles Vorhandene und Geleistete auf dem Konto der Zentrumsparlei zu buchen, sondern er versucht für all das, was nicht geleistet wurde, andere Parteien verantwortlich zu machen. Dabei sollte er als Eisenbahner die Gründe kennen, warum in Bayern die Elektrifizierung weit fortgeschritten ist. Er sollte auch wissen, aus welchen Gründen die Verpachtung der Reichseisenbahn mit der Elektrifizierung ganz allgemin nur langsam vorangeht.

Kleine badische Chronik

* Grünwettersbach (bei Durlach). Dieser Tage explodierte abends dem elfjährigen Töchterchen des Steinbauers Dutz ein Spiritusofen. Die Kleider des unglücklichen Kindes gingen sofort Feuer. Der hinzueilenden Mutter gelang es zwar die Flammen zu erlöchen, jedoch erlitt sie selbst dadurch schwere Brandwunden. Die beiden Verunglückten wurden in das Krankenhaus Durlach eingeliefert. Besonders bei dem sehr schwer verbrannten Kinde besteht Lebensgefahr.

* Oberharmersbach. In der vorletzten Nacht brannte es in der „Villa Margarete“ im Zinten Zumwald. Sie war bewohnt von dem Kriegsbeschädigten Paul Schaff. Derselbe befand sich allein im Hause, Frau und Tochter waren verreist. Der Besitzer selbst wurde durch seinen Hund, der im auf das Bett kletterte, aus dem Schlafe geweckt und so auf den Brand aufmerksam. Dieser war aber schon soweit vorangeschritten, daß der Besitzer sich mit Mühe und Not eben noch durch das Fenster des zweiten Stockes zu retten vermochte, indem er sich an einem Tisch hinabließ. Das Haus selbst war nicht mehr zu retten, trotzdem beide Feuerwehren des Ober- und Unterlandes rasch zur Stelle waren.

* Zell a. S. Seit einigen Wochen schwirren hier Gerüchte herum, denen zufolge ein am 1. September d. Js. tödlich verunglückter Tagelöhner sich in tot auf dem hiesigen Friedhof beerdigt worden sein sollte. Auf direkte Anzeig bei der Staatsanwaltschaft hin wurde die Öffnung des Grabes vorgenommen. Wie von vorneherein anzunehmen war, ergab sich dabei, daß alles nur leeres Gerücht war. Die Leiche lag noch so im Sarge, wie sie hineingebracht worden war.

* Böhlingen. Die in den Schziger Jahren stehende Witwe Brigitta Krücker von hier ging auf dem Heimweg von Worblingen nach Böhlingen die untere Straße, verirrt sich infolge der Dunkelheit, kam von der Straße ab auf die Weiden und fiel in den Gemerbetal, der sehr tief ist. Die Frau konnte sich am Ufer noch an den Schilfroben festhalten, jedoch nicht sich selbst aus ihrer lebensgefährlichen Lage befreien. Auf ihre Hilferufe eilten Männer herbei, die die Frau aus ihrer gefährlichen Lage befreien konnten.

* Dossenheim. Die Dossenheimer Porzborsteinbrüche wurden an den Rechtsanwalt Dr. Feibelmann-Landau nach pactweisen Ausbeutung auf die Dauer von 20 Jahren mit einer jeweiligen Wopacht von 5 zu 5 Jahren überlassen, da dieler bessere Bedingungen für die Pachtung stellte, als der bisherige Pächter, der badische Staat, solche für das künftige Pachterhältnis zugestanden hat. Bekanntlich sind die Dossenheimer Porzborsteinbrüche seit dem Jahre 1907 an den badischen Staat zur Ausbeutung verpachtet worden. Alljährlich bekam die Gemeinde hierfür ohne Begrenzung einer festen Forderung eine jährliche Pachtsinnschätzung von 60 000 M.

* Komponist Klump gestorben. In der Heil- und Pflegeanstalt Illenau ist der 70jährige Musiklehrer a. D. Julius Klump gestorben. Klump war ursprünglich Lehrer und bereitete sich nach kurzer Tätigkeit in seinem Berufe privat auf das Musikexamen vor, das er mit bestem Erfolg bestand. Er war vom November 1886 an bis 31. Dezember 1923 Musiklehrer an der Illenau. Ueber die Gabe seiner Heimat hinaus war derselbe berühmt wegen seiner Kompositionen für Männerchöre, die durch großen Melodienreichtum und Erfindung sich auszeichneten. Der Hübner Liedertanz, dem er als Ehrenmitglied angehörte, ehrte ihn dadurch, daß er im Sommer dieses Jahres ein Klump-Konzert gab. Als Mensch wie als Musiker gleichmaßen geschätzt, wird es von allen Seiten bedauert, daß Klump aus dem Leben geschieden ist.

Fährbetrieb Konstanz-Weersburg

h Konstanz. Die im November vorigen Jahres durch den Bürgerausschuß genehmigte Fähr über den Ueberlingersee in Richtung Konstanz-Staad nach Weersburg für Wagen aller Art um den Betrag von 300 000 RM. beschlossene den Bürgerausschuß abermals, weil die Kosten auf über 600 000 RM. kommen und die früher genehmigte Summe verbraucht ist. Diese Fähr hatte schon eine ganze Reihe Nebenereignisse im Gefolge. Weil Ueberlingen sich von der Einrichtung geschädigt fühlte, erfolgte unter Führung dieser Amtsstadt durch den Vinsgau ein Widerspruch bei der Regierung; weil Bürgermeister Dr. Moll in Weersburg für die Fähr öffentlich eintrat, nahm ihm dies sein Bürgermeisterkollege sehr übel, was zu inhaltenlangen Auseinandersetzungen in der Presse führte; und weil das Projekt auch ionstige Geener hat, konnte man in norddeutschen und schweizerischen Zeitungen sensationelle Nachrichten über die schlechten Finanzverhältnisse von Konstanz lesen: die Stadt sei bankrott, der Oberbürgermeister sei verhaftet u. a. m. Ined der Fähr und anderer Verkehrseinrichtungen von Konstanz ist, den Verkehr zu beleben, zumal die staatlichen Verkehrsunternehmungen die Südmart des Reiches, das badische Bodenseegebiet, fast planmäßig vernachlässigt. Ein sehr kräftiges Beispiel kam dafür zur Sprache. Die Reichsbahn-Gesellschaft unter Führung von Karlsruhe fördert das Projekt, das zwei badische (und somit deutsche) Gebiete verbinden soll, nicht; dieselbe Reichsbahn-Gesellschaft aber hat auf eigene Kosten unter Führung von Stuttgart eine ähnliche Fähr von Friedrichshafen nach Romanshorn (Schweiz). Es sei betont: man meidet in Konstanz der Nachbarstadt Friedrichshafen diese Vergünstigung nicht, sondern erwöhnte, daß die Württemberger anscheinend doch weitwichtigere Diplomaten seien als die Badener. Leidenschaftlicher Gegner der neuen Fähr ist der Reichsb.l.o.d. unter Führung der Wirtschaftler; Befürworter sind die übrigen Parteien; geteilte Liebe herrscht bei den Demokraten aus finanziellen Erwägungen. Die Vorlage wurde somit mit 63 gegen 20 Stimmen angenommen.

Altkunst! Falschgeld.

Immer noch kommen in größerer Anzahl falsche 2- und 3-Mark-Stücke in den Verkehr, die aus Blei und Zinn hergestellt und zum Teil verfilbert sind. Die Handariffelungen der 2-Mark-Stücke sind ungleich und werden schwarz. Das Handzeichen der 3-Mark-Stücke, „Einigkeit und Recht und Freiheit“ ist mangelhaft nachgeahmt. Auch Dreimarkstücke (Zahrtausendteiler der Rheinlande) mit dem Wappenstein A 1925 sind im Verkehr, haben ein artifizielles Aussehen und sind ohne das Handzeichen „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Eine bayerische außer Kurs gelehete 100-Mark-Note, Ausgabe vom 1. 1. 1906 — welche auf 1926 umgeändert wurde — ist in Verkehr gegeben worden. Das Publikum wird ersucht, wenn Falschstücke oder Falschheine in Zahlung gegeben werden, die betreffenden Personen festzustellen und die nächste Polizeistelle zu benachrichtigen.

Gemeindepolitik

i. Forst. Bei der letzten Voranschlagsberatung wurden 19 000 M für die Verbesserung der Ortsstraßen eingestellt. Gegenwärtig macht man den Anfang, die verlängerte Wolfstraße auszufüllen. 41 Fußleute haben sich um das Anfahren der Gießstraße bei der Verteilung bemüht. Um jedem Arbeiter gerecht zu werden, wurden jedem Fuhrmann 5 Kubikmeter zum Preise von 3,50 M je Kubikmeter zugewiesen.

Trüben, Gasfernverbarung. In der Frage der Versorgung mit Gas durch das Städtische Gaswerk Trüben fand hier eine Besprechung der maßgebenden Herren der Nachbarschaft statt, die einen informativen Charakter hatte. Für die Ferngasversorgung kommen in Frage die Städte Hornberg, St. Georgen und Furthwangen. Der Nachbarort Schonach ist bereits seit Jahren angeschlossen. Verhandlungen mit St. Georgen und Hornberg sind bisher schon geschlossen worden. Die Frage dieser Gasfernverbarung im Gebiet des Mittelschwarzwaldes, wo Trüben die einzige Stadt mit Gaswerk ist, dürfte im Vordergrund des Interesses stehen, da heute die Orte kaum in der Lage sind, eigene Anlagen mit hohen Kosten zu schaffen, die sich wirtschaftlich nicht so auswirken lassen.

Walsh. Der Bürgerausschuss genehmigte am 10. Dezember den Rechenschaftsbericht von 1926/27. Das vorige Etatsjahr weist einen Ueberschuss von 5000 M auf, der auf die zwei folgenden Jahre verteilt wird. Die Aufstellung von Gemeindefestungen für die Gemeindebeamten und Arbeiter hat der Gemeinderat abgelehnt.

Heidelberg. Der Theatervoranschlag wurde vom Heidelberger Bürgerausschuss nach langer Aussprache, in der starke Formwörter gegen die Art der Geschäftsleitung des Theaters, und gegen die Staatsüberbreitungen erhoben wurde, mit einem Abschluß von 408 000 M genehmigt. Beschlossen wurde noch die Eintrittspreise herabzusetzen, um den Besuch möglichst zu heben. Weiter stimmte der Bürgerausschuss der Stadtratsvorlage über die Abtretung eines Grundstücks am Redar für das neu zu errichtende medizinische Forschungsinstitut zu.

Weinheim. Die Gebühren für die Reduziertabfuhr für das Jahr 1928 werden nicht wie bisher durch Forderungssettel erhoben, sondern es werden zu diesem Zweck Metallmarken à 3 M für einen Eimer an die Teilnehmer von der Stadtkasse abgegeben. Die Marken müssen bis spätestens 15. Januar 1928 an jedem Eimer sichtbar befestigt werden. Eimer ohne Marken werden von dieser Zeit an nicht mehr entleert.

Die Gemeinde Nr. 24 bringt neben den zahlreichen und wertvollen Mittelnungen die Anrechnungen für sozialistische Arbeit in Stadt und Land einige beachtenswerte größere Artikel. Außer der Veranschlagung der Schachtel-Rede seien hier genannt: „Die Veranschlagung der Realkleinerer von Stadtkämmerer Bruno Witz, Frankfurt a. M.“, „Die kommunalen Beschäftigten-Institute“ von Amtsrat Dr. Schimml-Denne, Stadtobersekretär Braune schreibt über die Antikerbestände und Stadtkämmerer Dr. Witz über die „Höheren Schulen Berlins“. Oberbürgermeister Kimpel-Freitag in Sachsen schreibt in einem Reisebericht seine Eindrücke über „unvollständige Kommunalpolitik“. Die Gemeinde erscheint monatlich beim Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3, und ist zum Preise von monatlich 90 Pfa. durch alle Postämter und Buchhandlungen zu beziehen.

Die Kulturzeitschrift in den Gemeinden. Der Verlag J. S. W. Dieck Nachf. hat das ausgezeichnete Referat des Stadtratsordnenen G. Beyer, das auf der 2. Reichskonferenz für Kommunalpolitik in Magdeburg gehalten wurde, als Broschüre für 30 Pfa. herausgegeben. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Kommunale Wohnungswirtschaft und Wohnungskultur. Die auf der 2. Reichskonferenz für Kommunalpolitik in Magdeburg gehaltenen Referate des Stadtrats Wagnitz-Berlin und des Landtagsabgeordneten Meyer-Sollingen sind beim Verlag J. S. W. Dieck Nachf. als Broschüre zum Preise von 40 Pfa. erschienen.

Soziale Rundschau

Außerordentliche Generalversammlung der Volksfürsorge

Am Dienstag, 29. November ds. Js., fand im Sitzungssaal der Volksfürsorge eine außerordentliche Generalversammlung der Volksfürsorge Gemeindefürsorge-Genossenschaftliche Versicherungs-Vereinsgesellschaft Hamburg 5, Am der Alster 58/59, statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Th. Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, eröffnete um 1 Uhr nachmittags die Generalversammlung. Nachdem Herr Leipart festgestellt, daß sie ordnungsgemäß einberufen sei, erteilte er dem geschäftsführenden Vorstandsmittglied, Herrn Lesche, das Wort. Herr Lesche bearbeitete kurz die Notwendigkeit der Erhöhung des Aktienkapitals. Die Volksfürsorge wäre inzwischen ein großes Unternehmen geworden, so daß das bisherige Aktienkapital von 500 000 M. unzureichend sei. Komme die Volksfürsorge später einmal dazu, weitere Sparten, etwa Unfall und Haftpflichtversicherung, einzuführen, müsse selbstverständlich erneut zu einer eventl. Erhöhung des Aktienkapitals Stellung genommen werden. Vorstand und Aufsichtsrat schlugen eine Erhöhung um 2 Millionen Reichsmark vor, von denen 25 Prozent bar einbezahlt werden müßten. Herr Lesche bemerkte noch, daß der Organisationsfonds, der durch die in der letzten ordentlichen Generalversammlung erfolgte Dotierung wieder die ursprüngliche Höhe von 200 000 M. erreicht habe, nach § 12 des Gesellschaftsvertrages an die Aktionäre zurückgezahlt werden müsse.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Erhöhung des Aktienkapitals, beschloß die Generalversammlung einstimmig: „Das Grundkapital wird um 2 Millionen Reichsmark (zwei Millionen Reichsmark) erhöht. Für diesen Betrag sind 2000 Stück Aktien zu je 1000 Reichsmark (Eintausend Reichsmark) herauszugeben und je zur Hälfte von der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, als Vertreterin der genossenschaftlichen Aktionäre, und der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, AG, Berlin, als Vertreterin der gewerkschaftlichen Aktionäre, zum Nennbetrage zu übernehmen. Von dem Nennbetrage sind mindestens 25 Prozent in bar einzuzahlen. Der gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages zur Zurückzahlung bereit stehende Organisationsfonds in Höhe von 200 000 M. (Zweihunderttausend Reichsmark) wird auf die Barzahlung im Verhältnis der übernommenen Beträge angerechnet.“

Die Zustimmung zu Punkt 2 ergab sich auf Grund der Beschlussefassung über den Punkt 1 der Tagesordnung. Einstimmig wurde beschlossen: „Der § 3 des Gesellschaftsvertrages erhält folgende Fassung: „Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 2 500 000 Reichsmark. (Zweimillionenfünfhunderttausend Reichsmark) und ist in 5000 Stück Aktien zu je 1000 Reichsmark (Eintausend Reichsmark) und 2000 Stück zu je 1000 Reichsmark (Eintausend Reichsmark) eingeteilt.“

Eine Abstimmung zu Punkt 3, Anträge, erübrigt sich, da diesbezügliche Anträge nicht vorlagen.

Die beleidigte Reichswehr

b. Konstanz, 15. Dez. Das Berliner Tageblatt brachte in seiner Nummer 231 vom 11. Mai d. J. ein Telegramm aus Koburg, nach dem der Erbprinz Johann Leopold von Sachsen-Koburg-Gotha in das in Meiningen stationierte badiische Reichswehrbataillon eingestuft werden sollte; es sei aber nicht gelungen. Darauf hätte der Prinz in das Schwabenerbataillon in Donaueschingen eingestuft werden sollen, was aber an General Heise scheiterte. Er heißt es weiter: „Nun griff der ehemalige Herzog Carl Eduard zu einem eigenartigen Mittel: Die zuständigen Stellen in Donaueschingen wurden gebeten, den Sohn des Herzogs unter einem Pseudonym in die Reichswehr einzutreten zu lassen! Dieses Komplott wäre beinahe gelungen.“ Im weiteren wird in dem Telegramm erwähnt, daß der Vater des genannten Prinzen Regimentskommandeur der Erbprinzen-Batterie sei, ferner Stahlhelm; der Erbprinz aber gehöre dem „Rifling“ an, das den Treueid auf die alte Kriegsfahne geschworen u. a. m.

Dieser 30 Seiten große Artikel machte wohl durch die Kunde von Zeitungen die Kunde, auch der Volksfreund in Karlsruhe brachte ihn, und als Nachdruck von diesem auch der Volksfreund und das Konstanzer Volksblatt, die in Singen erschienen. Wegen des Hinweises des Erbprinzen in Donaueschingen in die Reichswehr eintreten zu lassen, „welches Komplott beinahe gelungen sei“, fühlte sich der Kommandeur des Ausbildungsbataillons in Donaueschingen beleidigt, weshalb das Wehrkommando den Antrag auf Bestrafung des verantwortlichen Redakteurs Bernhard Schilbach in Singen a. S. stellte, und zwar wegen Beleidigung durch die Presse gemäß § 186 StGB. Die Hauptverhandlung fand heute vor dem Schwurgericht statt. Die Anklage vertrat Oberstaatsanwalt Hoffarth, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Wenden. — Der Angeklagte gab zu, den Artikel aus dem Volksfreund-Karlsruhe entnommen zu haben.

Der Staatsanwalt gab in seiner Anklagerede zu, daß sich der Erbprinz zur Reichswehr gemeldet habe, was aber in Meiningen schon abgelehnt worden sei. Und als mit dieser Ablehnung die ganze Angelegenheit erledigt war, erschien erst der Artikel mit der „schweren Beleidigung“, daß „das Komplott in Donaueschingen beinahe gelungen“ sei. Damit sei dem Bataillonsführer der Vorwurf gemacht worden, pflichtwidrig den Erbprinzen in die Reichswehr einzutreten zu wollen. Mit einer idiosyncratischen Verteidigung, daß die Absicht der Entlassung in Donaueschingen ein Irrtum sei, konnte die Sache nicht aus der Welt geschafft werden. Der Antrag des Oberstaatsanwaltes lautete auf eine Geldstrafe von „mindestens 300 M.“ nebst Veröffentlichung des Urteils in der Zeitung des Angeklagten.

Der Verteidiger hatte zu diesen Ausführungen einige Zweifelungen zu machen. Der Prinz wurde in Meiningen nicht abgelehnt, es sei ihm nicht gesagt worden, daß seine Entlassung in die Reichswehr aus unzulässiger Weise sei und er müsse wieder hingehen, wo er hergekommen sei, sondern die Absicht seiner Annahme zur Reichswehr bestand; lediglich deshalb, weil sich später herausstellte, daß seine Schärfe den dienstlichen Anforderungen nicht genüge, lediglich deshalb sei er abgemeldet worden. Ohne diesen für den Mangel wäre der Erbprinz in Meiningen also in die Reichswehr aufgenommen worden, obwohl bekannt sei, daß die Koburger ausgetriebene Feinde der Republik seien. Selbstverständlich aber

müsse sein, daß in die Reichswehr nur einwandfreie Republikaner aufgenommen werden dürften, denn die Reichswehr sei die Waffe der Republik. Man erkenne aus dieser Vorgeschichte nun, daß auch ausgeschlossene Feinde der Republik für die Reichswehr unzulässig seien. Um Namen aber seien die früheren Bataillone kommen nicht verlegen, denn sie führten über bis zu 20 und 30 Namen und Titel, so daß die Aufnahme wohl unter einem anderen Namen vorerst hätte erfolgen können. Der Angeklagte habe als Kommandeur in Donaueschingen nicht beleidigt, trotzdem habe eine Verächtlichmachung angeboten, die abgelehnt wurde. Außerdem müsse den Angeklagten der Schutz des § 193, Wahrung berechtigter Interessen, zur Seite stehen. Neben den persönlichen berechtigten Interessen habe er auch Reichs-Interessen gemehrt als Redakteur einer republikanischen Zeitung. Nach dieser Richtung habe er als Redakteur ganz besondere Ursache gegenüber der Reichswehr von der schwarzen Reichswehr beginnend über die Parade des Reichswehr vor gewählten Fürsten bis zum letzten Besuch des Erbprinzen Heinrich von Preußen auf einem Kreuzer der Republik im „Dell“ im Siegertrank. In Frankreich wurden einst alle Mitglieder des Kaiserhauses ausgewiesen. Wenn aber der Verteidiger mit Frankreich nicht gefalle, so möge man nach Deterredt (Schwurgericht) ebenfalls alle Mitglieder des einst regierenden Hauses in den Dienst im Heere ausgeschloffen seien.

Der Angeklagte hatte das letzte Wort. Früher seien die Sozialdemokraten verfolgt worden als Gegner der Monarchie und Anhänger der Republik, jetzt würden sie verfolgt, wenn sie die Interessen der Republik mäßten. Auch er stelle fest, daß Antirepublikaner in die Reichswehr aufgenommen werden könnten und der junge Erbprinz das Mittel der nationalen Verbände gewesen sei. Als Sozialpublikaner habe er der Republik dienen wollen. Er glaube ermannt zu können, daß man verzeihe, daß er Artikel zum Schutze der Republik Aufnahme gemäße. Er bat, wie der Verteidiger, um Freisprechung.

Das es bei den verschiedenen Ausführungen zu Gegenständen zwischen Staatsanwalt und Verteidiger kam, ist nicht verwunderlich. Der Staatsanwalt meinte, daß sich die republikanische Wehr nicht unbeliebiger Elemente selber einberufen werde, während der Verteidiger hierüber nicht ganz seiner Meinung war. — Tatsächlich scheint der Beschuldigte, der Erbprinzen in Donaueschingen unterzubringen, nicht gemacht worden zu sein, wenigstens läßt sich dies nicht beweisen. Durch das Urteil erweist, als sei der Bataillonskommandeur aber sei der Ansicht erweist, als sei der Bataillonskommandeur in Donaueschingen bereit gewesen, den Erbprinzen einzuführen; dieshalb habe die Anklage erfolgen müssen.

Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe oder 5 Tage Haft, ferner auf die Kosten des Verfahrens und zur Veröffentlichung des Urteils im Konstanzer Volksblatt-Singen. Die Urteilsverkündung hebt hervor, daß das Wort „gelungen“ der Angeklagten der Beleidigung sei. „Damit habe der Angeklagte die Republik nicht geschädigt, sondern sie anerkannt.“ Auch wird die das Gericht das Verbot des Angeklagten insofern, als man die Opfer, die er auszusenden Deutschland schon auf den verschiedensten Gebieten brachte, anerkannt. — Desgleichen bemitleidet sich der Vorsitzende, Einzelrichter Schäfer, der persönlich wenig republikanisch eingestellt, während dem Urteil wird Berufung eingelegt.



Dr. Heinrich Jasper

wurde zum Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums und zum Finanzminister gewählt. Der Sturz der Stahlhelmregierung hat eine neue Landesregierung in Braunschweig gebracht, die aus den drei sozialistischen Ministern Dr. Jasper, Steinbrecher und Sievers besteht. Die Sozialdemokratie vertritt in Braunschweig Landtag genau über die Hälfte aller Mandate; bei der Wahl der Regierung erhielt sie auch die Stimmen der beiden Kommunisten. Dr. Jasper war bereits von 1920 an Leiter der Braunschweigischen Regierung, bis er nach den Wahlen vom 7. Dezember 1924 dem bürgerlichen Ministerium Marquardt weichen mußte, das nunmehr mit seinem Stahlhelmbundgenossen abgewirtschaftet hat.

Partei-Nachrichten

Ferien- und Studienreisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte im Jahre 1928. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet im Jahre 1928 die folgenden Ferien- und Studienreisen: Riviera-Mittelmeer. Zwei Reisen je 10 Tage, Ende Mai und Anfang September. Ostseereise: 7 Tage, Ende Juni, Mitte Juli. Nord-Dalmatien: 9 Tage, Mitte Mai, Ende Juni, Mitte Juli. Wien-Klagenfurt: 10 Tage, Ende Juli, Schweden-Finnland: Anfang Juli, 14 Tage, Dänemark-Nügen: 7 Tage, Mitte August. Dänemark-Schweden: 14 Tage, Mitte August, Hamburg-Nordsee-Östsee: 2 Reisen, 7 Tage, Mitte August, Schweden: 14 Tage, Mitte August. Oberbavarn-Nordtirol: 14 Tage, Ende August, Nord-Afrika: 14 Tage, Anfang September. — Außerdem finden je eine Ostsee- und eine Westsee-Exkursion sowie eine Pfingstfeier nach Amsterdam statt. Der reich illustrierte und gut ausgestattete Prospekt, der eine nähere Beschreibung der einzelnen Reisen sowie Teilnahmebedingungen enthält, ist gegen Entsendung von M. 0,35 durch den Reichsausschuss zu beziehen.

Das Blutbad in Kanton

Mit einem furchtbaren Blutgericht endete nach eingelassenen Nachrichten in Kanton die Niedersetzung des kommunistischen Ausschusses durch die Kantons-Regierung. Die Ermordung dieses Ausschusses gehört zu den blutigsten Epochen des chinesischen Bürgerkrieges. Noch jetzt sollen in den Straßen Kantons über 2000 getötete Kommunisten liegen. Täglich werden neue Kommunisten-Leichen veranbartet. Es wurden fünf Kommunisten durch die Strahlen der Stadt gefoltert und erschossen. Das Gebäude der chinesischen Zentralbank, die seinerzeit den Krieg auf Santau finanziert hatte, ist nur noch ein Trümmerhaufen. Die Bank war einer der Hauptstützpunkte der kommunistischen Bewegung und wurde von der Militär der Nationalisten unter Feuer genommen.

Nach Meldungen aus Kanton sollen Russen die kommunistischen Streitkräfte kommandiert haben. Die Antwort der Kantonsregierung war die Schließung aller russischen Konsulate und die Befreiung zahlreicher Russen. In Kanton wurden 15 Russen ins Gefängnis geworfen, zwei wurden in der Nähe des Rathauses erschossen, andere, darunter der Botschafter und seine Frau, wurden hingerichtet. Auch in Santau wurde eine Russenaktion vorgenommen; der russische Generalkonsul und über 200 Russen wurden verhaftet, ebenso ist es in Wuhu zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Der britische Zollkommissar hielt es für zweckmäßig, sich auf einen vor Wuhu liegenden Berg zu begeben. In Schanghai benutzte man die allgemeine antikommunistische Welle zu einem Vorhaben gegen alle parteigefährlichen Elemente. Von der Todesstrafe mit rigoros Gebrauch gemacht.

Aus der Stadt Durlach

Ueber „Das Arbeitsoberverordnungsgebot und die gemeindliche Arbeitsoberverordnungsgebot“ sprach am Freitagabend in der Parteiverammlung im „Lamm“ Gen. Bürgermeister Richter in einem einstündigen Vortrag. In anknüpfender und leichtverständlicher Weise umriß er den wesentlichen Inhalt der 295 Paragraphen des Gesetzes, nachdem er vorher in kurzen Strichen die Entwicklung der Industrie im Allgemeinen und die Entwicklung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat im besonderen geschildert hatte. Der Redner kam zu dem Schluß, daß der Gedanke der Arbeitsoberverordnungsgebot an sich ein guter, der Aufbau, abgesehen von in der Vergangenheit vorkommenden Mängeln, ein guter sei. Doch seien die Bedingungen, gemessen an den Wirtschaftsverhältnissen als zu nieder zu bezeichnen. Redner ließ dann die gemeindlichen Maßnahmen für die Arbeitsoberverordnungsgebot (der größere Teil ungelernete oder angelernte Arbeiter) und ging dann zur Darstellung der gemeindlichen Arbeitsoberverordnungsgebot über. Aus seinen Ausführungen ist zu ersehen, daß auch hier in Durlach eine Wehrberatungsinstitut errichtet werden soll. Die Rede fand ungeteilte Aufmerksamkeit und warmen Beifall. Ein Auspruch fand nicht statt.

Briefkasten der Redaktion

E. A. Rintheim. Ja. Sie hätten schon früher bei uns referieren müssen, jedoch schon längst Absicht geäußert worden wäre, jedoch von Ihnen nicht dazu eintreffend, abgelehnt worden.

Weihnachtspackung.

KALODERMA-SEIFE

F. WOLFF & SOHN



Nr. 2 die Schachtel

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 19. Des. 1927.

Geschichtskalender

19. Dezember. 1793 Konvent-Truppen erobern Toulon. 1804 Napoleon erobert Ägypten. 1806 Frankreich erobert Rom. 1818 Napoleon verlässt Elba. 1848 Revolution in Frankreich. 1918 Kaiser Wilhelm II. abdankt. 1920 Spaltung der belgischen Sozialdemokratie.

Kommunisten und Arbeitslose

Auf Freitag mittag hatte die KPD. eine Erwerbslosenversammlung in der Schrempf'schen Bierkeller einberufen, in der Herr Stadtrat Bauer referierte. Das es ihm dabei wieder auf Binderung der Not der Erwerbslosen ankam, als auf die Kampfrichtung und Verengung der Sozialdemokratie, bewiesen die Ausführungen. Nach seiner Ansicht hat überhaupt keine Partei etwas getan für die Erwerbslosen, sondern nur die alleinige kommunistische KPD. Nun wird es wohl auch dem blühenden Arbeiter einleuchten, dass die Kommunisten doch nur einen Bruchteil der Abgeordneten in den Parlamenten umfassen und deshalb nicht einmal in der Lage gewesen wären, auch das Wenigste, das die Erwerbslosen erhalten, durchzusetzen. Die Sozialdemokratie hat der Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes deutlich gegen den Ausbruch gebracht, das für die Unterlassungssätze zu niedrigeren als bürgerliche Mehrheit wollte nicht anders.

Das es Herrn Bauer nur um die Agitation für die KPD. zu tun war, bewies seine Aufforderung, die bürgerliche Presse und den Arbeiter abzusellen und dafür das kommunistische Kräfteblatt abzuzeichnen, das doch nur für politische dumme Kerle bestimmt ist, weshalb die Aufforderung ein mit gesundem Verstand vererbener Arbeiter entziehen abgelehnt wird. Wie ernst es übrigens der KPD. mit den Erwerbslosen ist, beweist auch die von Genossen im Landtag festgestellte Tatsache, daß der kommunistische Abgeordnete Leichter im Haushaltsausschuß nicht mit seiner Stimme mitgeholfen hat, einen höheren Betrag für die Unterbringungsgeldempfänger herauszuschlagen. Neben im Haushaltsausschuß sind bekanntlich nicht veröfflicht und deshalb hat Herr Leichter wahrscheinlich geschwiegen, denn der KPD. kommt es doch nur auf den Preis an, in aller Öffentlichkeit gehört zu werden, um zu zeigen, daß sie für Kerle sind.

In Deutschland stellen die KPD.-Herrschaften große Forderungen, aber in ihrem eigenen Ausland steht es auch nicht besser als in der Unterfützung der Erwerbslosen in Deutschland. Dort nämlich der ungerechte Zustand, daß die Arbeitslosenversicherung drei Klassen einsteilt und daß die Handwerker und Angehörigen gegenüber den anderen ungelerten Arbeitern stark bevorzugt werden. So erhalten Ankerkette Handwerker neun Monate lang 26 Rubel Arbeitslosenunterstützung pro Monat, während ungelerten Arbeiter nur 15 bis 19 Rubel auf die Dauer von sechs Monaten erhalten.

Also man trifft in Ausland ebenfalls eine Klassifizierung und eine ungenügende Unterstützung an wie bei uns, aber man schimpft auf die deutschen Missetäter. Als ob der russische Hunger weniger weh tut als der deutsche! Die Sozialdemokratie und der Volksfreund werden sich durch die Bauer'schen Behauptungen, die ja kein vernünftiger Mensch ernst nehmen, nicht irritieren lassen, sie werden nach wie vor für die Erwerbslosen eintreten. Wenn sich aber letztere auf die Kommunisten verlassen, dann sind sie verflucht. Nicht das große Mundwerk des Allermühschwümers entscheidet in dieser Frage, sondern die tatsächlichen politischen Machtverhältnisse sind maßgebend. Die Macht der Arbeiter hat die KPD. durch ihre Propaganda aber geschwächt. Es heißt deshalb, in den Reihen der Sozialdemokratie mitzuführen, je stärker ihre Macht, desto größer der Einfluß und Erfolg für die Sache der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen und der Arbeitslosen im speziellen.

Am Weihnachtsfest der Blinden-Bereinigungen. Am Freitagabend feierten die Karlsruher Blinden im Gesellschafts- und Musiksaal. Mit aufrichtiger Freude begrüßte der Vorsitzende Herr ... die Vertreter des Ortsvereins ... das für die Blinden ... er dem Fürsorgeamt, das auch im vergangenen Jahre den Blinden tatkräftig zur Seite gestanden hat, während der Staat ihrer

Erdbeben auf der Straße durch Lastautos

Unsere Straßen bebten täglich, stündlich und wir alle haben es schon erlebt oder erleben es täglich, daß die Mauern stürzen und die Häuser kippen. Gewiß, wir brauchen nicht ängstlich zu sein, es sind nur die Lastautos, die dieses Beben hervorruft, aber es ist doch die gleiche Erscheinung, die bei einem regelmäßigen Erdbeben wahrzunehmen wird, wie Dipl.-Ingenieur Witting mit einem Seismographen (Erdbebenmesser) in Magdeburger Häusern feststellte hat.

Verkehrsbefehl nennt Witting in der 'Verkehrstechnik' diese Erdbeben, weil sie den Verkehr als Ursache haben, im übrigen stehen diese täglichen Beben den großen Erderschütterungen, die wir Erdbeben nennen, gleich, und die verschiedensten Grade, die Erdbeben aufweisen, wurden vom Seismographen auch auf Grund der Verkehrsbefehle registriert.

Da finden wir zunächst den vierten Grad der Erdbeben, den die Wissenschaft so charakterisiert: Zitternde oder leicht schwankende Bewegung von Möbelstücken, infolge deren dicht beieinander stehende Gläser und Gefäße leicht gegeneinander schlagen. Fenster klirren, Türen, Balken und Dielen klappen, Zimmerdecken klirren, Flüssigkeiten in offenen Gefäßen werden leicht bewegt.

Interessant ist es, daß Professor Sieber dieser Erklärung zum besseren Verständnis die Worte beigibt: 'Wie beim Vorbeifahren eines schweren Lastwagens auf holprigem Pflaster'. Auf Grund der seismographischen Straßenuntersuchungen können wir nun umgekehrt sagen, daß die Verkehrsbefehle der Häuser gleich einem Erdbeben vierten Grades sind. Wer also solche Erschütterungen in einem Hause erlebt, der lernte ein Erdbeben kennen.

Nun ist es aber nicht so, als wenn es bei dem Beben in unseren Straßen immer bei diesem milderen vierten Grade bliebe. Es gibt noch einen fünften Grad: Drei hängende Gegenstände, wie Vorhänge, Ampeln, Hängelampen und nicht zu schwere Kronleuchter geraten in pendelnde Bewegungen, Klingeln ertönen, Uhrenpendel werden angehalten oder schwingen in größerem Bogen, Uhrzeiger können, eifrigeres Licht auf und versagt infolge der Verdrängung der Leuchtgasdrähte, Bilder schlagen klappern gegen die Wände oder verschließen sich, Nippelröhren, stehende Flüssigkeiten usw. können umfallen, dergleichen gegen die Wand geschleichen Gegenstände, leichtere Geräte können sogar etwas von der Stelle verschoben werden und die Möbel rutschen. Genau der gleiche vierte Grad, den der Seismograph für Straßenbeben für die noch einen letzten Erdbebengrad hat der Seismograph für die Straßen ermittelt, in dem die Bilder von den Wänden fallen, Bücher aus den Regalen, in dem sich selbst bei solchen Gebäuden Risse im Putz zeigen und sich hier und da kleine Teile von den Wänden und der Decke lösen. Ja, selbst den heftigen Erdbebengrad zeigte der Straßenseismograph, bei dem die Beschädigungen noch stärker sind.

Sache verhältnismäßig wenig Beachtung schenkte. Auch gedachte er der Damen vom Ausschuss für ihre Bemühungen, den vielen Freizeitsingen, der Mägdlerin und den Karlsruher Bädern für ihre reichen Spenden. Nicht vergessen seien auch die Kinder der Leistungsschule, die mit einer Anzahl Leiterwagen fleißig Gaben für die Blinden sammelten. Dank der reichen Gaben konnte der Verein ca. 70 Blinde mit einer kleinen Geldgabe und einigen Kleinigkeiten versehen. Gelangensinlagen des katholischen Männergesangsvereins, musikalische Vorträge, Rezitationen und eine Theateraufführung der Blinden verschönerten das Fest und ließen für einige Stunden die Sorgen des Alltags vergessen, die gerade bei den Blinden recht groß sind.

Karlsruher Polizeibericht

Festgenommen wurden ein Hotelbedienter von Dreieichenhain, der vom Amtsgericht Hildesheim wegen Diebstahls gelocht wurde, ein Schaufsteller von Reddinghausen, der von der Polizeidirektion Forstheim zum Strafpolizist ausgeschieden war, ein vom Amtsgericht Ravensburg wegen Nichtnachkommens der Unterhaltungsspflicht gelochter Müller, ein 15 Jahre alter Lehrling von Unterweihden, der aus seiner Lehrstelle entlaufen war und sich umhertrieb, ferner 6 Personen wegen verdrängter Kraftbarer Handlungen.

Veranstaltungen

Wiederabend im Arbeiterbildungsverein. Im Weiterausbau seines kulturellen Programms veranstaltet der Arbeiterbildungsverein auch einen Zyklus von Badischen Winterabenden, an denen die Vertreter

Die Wirkungen der städtischen Verkehrsbefehle sind verschieden. Sie hängen zum Teil auch von der Bauart der Gebäude ab. Ein Fachwerkbauwerk verhält sich anders als ein massives. Nahe an der Frontwand oder in einer Türöffnung der Mittelwand zeigt der Seismograph andere Grade als mitten im Zimmer.

Auch von der Art der Verbindung zwischen Straße und Haus hängen die Erschütterungen ab. So leiden die Baumerkte am meisten, wenn eine ununterbrochene befestigte Straßendecke an sie berührt, während Häuser mit Vorgärten dem Straßeneben weniger ausgesetzt sind.

Zum Glück sind wir imstande, uns vor diesen Beben und seinen Schädigungen zu bewahren. Auf Asphalt oder Beton auf der Straße, und der Seismograph zeigt, wie die Straße sich beruhigt hat. Eine veraltete Straße läßt sich aber natürlich nicht mit einem Male überall durchführen, so es sich nicht nur um die Verkehrsstraßen handelt, sondern auch um die anderen Straßen der Stadt und auch um die Ausfallstraßen ins Land, an denen Häuser stehen. Hat der Seismograph doch gezeigt, daß schlecht bereifte Wagen auf holprigen Landstraßen schlimmer wirken als der Eisenbahnverkehr in der Nähe der Häuser, so daß dieses Problem nicht nur für die Stadt, sondern auch für das Land von Bedeutung ist.

Da sind denn die Ergebnisse wertvoll, die der Seismograph für die verschiedenen Wagenbereifungen feststellt hat, und es erscheint uns nach diesen Untersuchungen nötig zu sein, im allgemeinen Interesse nur beste Wagenbereifungen auszuwählen. Die seismographischen Feststellungen haben gezeigt, daß die Bereifung der Fahrzeuge von viel größerer Bedeutung ist für die Berührung der Straßen als die Fahrspurweite. Hier ist der Punkt, an dem einzuwirken ist, damit unsere Stadt vor den modernen Beben mit ihren schädlichen Folgeerscheinungen bewahrt wird.

Ein weiterer und ebenso wichtiger Punkt aber liegt, wie schon erwähnt, in der Auswahl und Verwendung des Straßenbelages. Hier in Karlsruhe besteht die Straßen mit Zement- oder Asphaltbelag zu versehen und die Pflasterbeläge verschwinden immer mehr. Trotzdem bleibt noch ein gewaltig Stück Umbauarbeit zu leisten, es sei neben verschiedenen Nebenstraßen nur an die Kaiserstraße erinnert, die ebenfalls noch Pflasterbelag aufweist im Gegensatz zu den Hausstraßen in anderen Großstädten, wo zweckdienlichere Beläge vorhanden sind. Daß die Stadterhaltung den Umbau der Kaiserstraße selbst für notwendig hält, hat der Oberbürgermeister gelegentlich einer Bürgerauskunftung kundgetan, aber die Städte können infolge der Finanznot derartige kostspielige Projekte immer schwerer durchführen und durch das Vorgehen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht sind sie noch mehr gezwungen, ihre Ausgaben zu drosseln.

heimatlicher Literatur zum Teil persönlich, zum Teil durch Regitationen ihrer Werke zu Wort kommen werden. Der erste Abend, der Dienstag, den 20. Dezember, im Vereinsheim stattfindet. Ist dem Rektor der Dichter des Badenlandes, Heinrich Herzog, gewidmet. Es sind keine Probleme, die sich mit dem unantastbaren Lebenswert des Dichters beschäftigen. Ein heiteres und lebenswürdiges Werk baut sich dieser Dichter voll Schönheit und Liebe zur Natur und Menschheit auf. Unzählige Anekdoten hat er auf seinen Reisen gesungen und sprachgewaltige Balladen sind überall bekannt geworden. Da Heinrich Herzog aus ein sehr gewandter Vortragsmann ist, wird dies Zusammenkunft mit ihm ein ganz besonderer Gewinn sein. Einem Lieberabend über Leben und Werke wird einleitend Redakteur Rudolf P. ... Neben Mitgliedern sind auch Gäste bei freiem Eintritt willkommen.

Schiffspielhäuser

Die Werdens-Schiffspiele zeigen im neuen Programm: 'Sonja', ein Drama aus den Tagen der russischen Revolution. Der hervorragendste Name zeigt ein lebendiges Szenenbild, vor allem aber eine glänzende Regie des Schauspielers. Die ungewöhnliche Handlung ist effektiv gestaltet und spielt sich zum großen Teil auf russischem Boden ab. Erzählt wird die Geschichte des Generals Wostrikoff, der eine junge, schöne Gattin, Sonja, hat. Diese liebt den schönen jungen Leutnant Dimitrieff. Der eifersüchtige General erschließt den Leutnant kurzerhand. Dann bricht die Revolution aus, der Graf mit seiner Gattin flieht nach Frankreich. Der Leutnant kehrt landwärtlich zurück, aber dem Grafen ein besonderes Gedächtnis. Sehr sympathisch sind die Schauspieler, vor allem Emma Eym in der Rolle, sowie Karl Hofer und Heinz v. Cassel als ihre Gegenpieler. Eine lustige Grotteske: 'Die Millionenhochzeit' und der Kulturfilm: 'Zwei Wägen' sind im Programm, sowie die Bildwunderschau der vorerwähnten das interessante Programm.

Wasserstand des Rheins

Schulterinsel 54, ref. 4; Rehl 178, ref. 15; Wazau 347, ref. 8; Mannheim 230, ref. 10 Zentimeter.

la Weizen- u. Roggenmehle

Back- und Puddingpulver

Sinner

Biere Preßhefe

Liköre u. Edelbranntweine

Obst- und Gemüse-Konserven

Sinner A.-G., Karlsruhe-Grünwinkel

Theater und Musik

Volksbühne Karlsruhe

„Der Diktator“ Schauspiel von Jules Romains

Das Problem des Diktators, das jeden Genossen interessieren muß, stellt sich zwischen zwei Personen ab: Denis und Ferrel. Beide Sozialisten, Revolutionäre, Volksmänner; beide in derselben (nicht genannten) Völkspartei, durch enge Freundschaft verbunden. Es stellt sich eine politische Situation, wo nach Sturz der Regierung (monarchisch regierten) Staates ein Vacuum eintritt. Für das Proletariat blickt die Frage auf, die so oft erhebt: Was nun? Es wäre — vielleicht — Gelegenheit, durch eine Aktion die ganze Gewalt an sich zu ziehen und somit das Proletariat zur Herrschaft zu bringen. Der Diktator läßt unentschieden, ob diese Diktatur des Proletariats Aussicht auf Sieg und vor allem Aussicht auf Bestand hat. Er mißt sich nicht in diese hochaktuelle Frage, über die es bei uns auch noch genügend heiße Köpfe gegeben hat. Romains stellt darin neutral, er will nicht Partei ergreifen, er benötigt diesen politischen Zwiepsalt lediglich als dramatisches Mittel. In der von Oppositionsmann Denis das Vortexteile an. Er soll eine Regierung bilden. Politisches Dilemma für Denis! Und für seine Genossen. Soll man in die Regierung eintreten, oder lieber ablehnen? Der Konflikt ist dem Autor äußerst wirksam ausgebildet, und wir folgen der Weiterentwicklung mit atemloser Spannung, weil wir das Spiel vor unseren Augen einmal sich haben abspielen sehen. Denis mißt sich zum König und wird Ministerpräsident. Er befindet sich in der Lage seines berühmteren Kollegen Marquis Pöla, der derselben Situation lag, vor dem Glücke, das er als Minister der Menschen adänte, würde die Majestät existieren. Denis denkt nämlich daran, sein, d. h. seiner Partei Programm langsam, gewismaßen auf dem Verwaltungsweise durchzuführen. Der Dichter

drückt sich da zwar nicht mit aller wünschenswerten Klarheit aus. Das kommt daher, daß seinem Drama überhaupt nicht ein bestimmter historischer Vorgang zugrunde liegt. Jedemfalls ist sofort eine Meinungsverschiedenheit zwischen Denis und Ferrel empor. Letzterer, der Radikale, organisiert hinter dem Rücken seines Parteifreundes Denis einen Generalstreik, die Masse verläßt den bisherigen Führer, gebort nicht seiner Ordre, der Mann in der Regierung wird als Volksverräter angepöbel, als ein von dem König Eingefangener und Bezugsener. Wir haben da mit entsprechenden Variationen etwa den Gegenlag Scheidemann-Liebnecht vor uns, oder ins Bayerische überleitet Auer-Eisner. Nicht im Ziel, aber im Weg sind die zwei Männer verschieden; aber man weiß, wie leicht es dazu kommt, daß der Bruder von gestern als Verräter und Schuft gebrandmarkt wird. Es gibt auch im Proletariat den berühmten „Dank vom Hause Oesterreich“. Sapientia sat. Weitere Ausführungen darüber erübrigen sich für den Sozialdemokraten. Hier nun quillt die Traut des Denis hervor, eine rein menschliche Traut. Schuldlos-schuldig wird er durch die Entwicklung in einen Gegenlag zu seinen Freunden hineinmanövriert und auf dieser Bahn durch die Gegenwirkung so weit getrieben, daß er zuletzt die Gewalt der Waffen gegen seine Parteifreunde heben muß. Damit ist der „Mittelschub“ fertig. Kasse kann ein Lied davon singen.

Wenn man von den Parallelen aus der Wirklichkeit absteht und sich nur auf das Stück beschränkt, scheint es allerdings, als ob Denis als Minister ein wenig seine revolutionäre Gesinnung revidierte. Er ist freilich Minister nicht nur für seine Genossen, sondern für das ganze Volk, aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er dem persönlichen Zauber des Königsrautes widerstandslos erliegt. Der König schmeichelt ihm; er weiß, wie man das bei einem solchen Volksmann anfangt. Er streicht seinen Geist. Er bewundert Denis' liberale Ideen, und gebärdet sich theoretisch fast als Gesinnungsgenossen seines roten Ministers. Das soll keinen Eindruck machen? Noch raffinierter stellt es die Köpfe an. Sie stellt die Hülfelebende, sie ährt für ihr Leben und das ihrer Kinder, sie rührt, ohne ein Wort zu sagen, alles Charaktere in Denis' edler Mannesseele auf. Die Schwäche wendet sich an den Stärken, sie schiebt ihm die schöne Rolle ihres Lebensretters, ihres Schutz-

engels zu. Da kann kein echtes Mannsbild versagen, und Denis wird in seinen diktatorischen Entschlüssen dadurch bekräftigt. Eine Tragödie des Menschlichen, wo Schuldlosigkeit ganz unbemerkt in Schuld übergeht und der trasse Endeffekt zeigt, wie das Leben mit den Menschen spielen kann, indem es die innigsten Freunde zu Todfeinden macht. Eine nachdenkliche Geschichte für alle unsere politisch aktiven Genossen. Und ein gehaltvolles Werk, das ein politisches Zeitproblem rein menschlich sieht und das darum so schön ist, weil in der Politik das Menschliche allzu oft auslicht.

Die Vorstellung begann wieder einmal eine halbe Stunde später, als der offizielle Theaterspiel angab, 20 Uhr statt 19.30 Uhr. Ein Glück, daß man es mit Karlsruhern zu tun hat; ein anderes Publikum möchte sich derartige Mühseligkeiten ernstlich verbitten. Der Diktator des Herrn Herzog wies eine große Anlage auf; er stattete den Sumpfabstücken für Verantwortungsbevollmächtigten, Volksbeden mit tiefem Salonrevolutionäre. Das gefallt und besaßert. Hier als sozialistischer Propagandarechner müßte der Partei alle Frauenseute gewinnen. (Wie wär's, Gen. Trinks, mit einem Versuch!) Aber auch Da hien s Ferrel ist eine lebenswerte, tief empfundene Gestalt. Das Konsequente und Unbedingte dieses unerbittlich zielstrebigem Politikers mit dem nagenden Buzum des Skeptizismus im Herzen kam prachtvoll zum Ausdruck. Dahin vertrat die russische „Biederlichkeit“, die es fertig bringt, einem aus purer Freundschaft das Messer in den Hals zu stechen. Herr Leitzgeb und Frau Ermarth haben ein sehr feingestimmtes liberales Königspar, von dem ganzen bestrickenden Charme des adeligen Milieus umwoben, in das auch der höfmannliche Graf Murray Höcker getaucht war. Die erlöblichen Genossenschaftlichen zeichneten sich durch echte Proletenelag aus; Reiferer u. d. T. r. e. n. d. v. e. r. f. u. r. über eine lustige Dosis Satire und eine scharfe Beobachtung. An der Madeleine des Fr. W. i. e. t. e. n. s. wäre auszuweisen, daß ihr Gesicht durch den Putzrand bei dem von oben fallenden Licht fast immer in Schlagschatten lag. Wir hatten den Eindruck, daß Werk und Aufführung unsere Mitatler feste, wenn auch infolge Mangels an Zündendem der Beifall nur am Schluß einlekte.

Loden-Mäntel

Die Erfahrungen vieler Jahre haben die alte bekannte Tatsache auf neu bewiesen, daß nur echte Loden einen im Gebrauch angenehmen, wirklichen Wärmeschutz bieten.

Table with 4 columns: Item (Damen-Mäntel, Herren-Mäntel), Price 1, Price 2, Price 3, Price 4.

Sporthaus

Freundlieb

Karlsruhe

Knaben- und Loden-Wetter-Kleidung

Table with 2 columns: Item (Kinder-Loden-Pelerinen, Kind-Loden-Mäntel), Price.

Gerichtszeitung

Von einem Heiratschwinder geprellt

1. Vorrath, 15. Dez. Ein schmähliches Mädchen, der 27jährige Kaufmann Reinhold Stahl aus Trüben bei Firmians, hat sich vor dem heute hier tagenden Freiburger Schöffengericht typischer Betrügerinnen wegen zu verantworten.

Der Falenbraten

Im Karlsruhe, 15. Dez. Es war Freitag, den 30. September. Der Dabitz hatte drei junge Leute, den 17jährigen Mauerlehrling W., den 16jährigen Schlosser B. und den 20jährigen Schlosser K. in begünstigter Stimmung verjast und zur Feier des Tages bejubelt.

fängnis sein. Ueber den Wert des Hofens waren die Meinungen geteilt. Die Anklage taxierte ihn auf 10 M., die Frau, der er gestohlen wurde, auf 5 M., der Verteidiger, Rechtsanwalt Diebold, verführte, mehr als 300 M. würde kein Mensch für solch einen Stallhofen bezahlen.

Markt und Handel

Gläubigerverammlung der Gebr. Himmelsbach u. Co. In der Gläubigerverammlung der Gebrüder Himmelsbach u. Co. im Amtsgericht Freiburg wurde bekannt gegeben, daß ungenügend zwei Dutzend neue Forderungen einmündig sind.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Technische Kommission, Dienstag, 20. Dezember, 8 Uhr abends, Sitzung sämtlicher Kameradschafts- und Aufwärtler im „Gambirius“ (Stammzimmer). Vollständiges Erscheinen ist Pflicht.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landesbühnen: Der Dittator. Von 20 bis gegen 22.30 Uhr. Kammer-Singspiele: Das Schwestern am Sternberger See. Weiprogramm. Fest-Singspiele: Rummelplatz Wildwest. Conny und die sieben Nachbarn. Weiprogramm.

Vorläufige Wettervorhersage

Gestern war es in Baden wechselnd wolkig, nachmittags etwas schnee. Heute früh liegen die Temperaturen sehr tief (19 Grad Cel.). Die Druckverteilung hat sich nicht wesentlich geändert.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Vorstandssitzung, Montag, 19. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gambirius“ wichtige Vorstandssitzung. Arbeiterwohlfahrt. Heute Montag abends 6 Uhr Vorstandssitzung, Beierheimer Allee 10.

Dereinsanzeiger

Karlsruhe Naturfreunde. Heute Ausflugszug. Der Vorstand hat beschlossen, am Sonntag, den 20. Dezember, einen Ausflugszug nach Bad Soden zu veranstalten.

Platz zu Weihnachten

macht jedem Menschen Freude. Wenn Sie sich vergewöhnen, den Platz zu Weihnachten zu besetzen, dann werden Sie die Möglichkeit haben, die Freude zu verbreiten.

Weihnachts-Geschenke

In Form einer neutral dekorierten Kaffeedose für 1 Pfd. Inhalt oder eine elegante Goldranddose bei Einkauf von 1 Pfd. Kaffee oder 1/2 Pfd. Tee eine ebensolche Kaffeedose für 1/2 Pfd. Inhalt.

Residenz-Lichtspiele Waldstraße. Heute: SONJA. Ein Drama aus unseren Tagen. Hauptdarsteller: EMMY LYNN. Die Millionen-Hochzeit. Groteske. Zwei Römerstädte an der Donau. Kulturfilm. 8928. Das Neueste und Interessanteste aus allen Weltteilen.

Meine Aktenmappe nur von Gerchw. Lämmle 51 Kronenstr. 51. Beim Stadt. Wagenmeister Schlachthausstr. 17, befinden sich folgende Hundehunde in den Händen von Gerchw. Lämmle, 51 Kronenstr. 51, im 2. Schnauzer n. u. n. 1 m. 2. Schnauzer n. u. n. 1 m. 2. Schäfer n. u. n. 1 m. 2. Nicht innerhalb 3 Tagen von Eigentümer abgeholt, Hunde werden getötet bzw. veräußert. Karlsruhe, 17. Dez. 1927. Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt. Zwei eigene 9029 Schlafzimmer in hell und dunkel, erstklassige Arbeit, mit je einem beidseitigen Spiegel schrank in Stuhl-Einzelstuhl, eine Schlafkommode mit weicher Marmorplatte u. Kristall-Spiegelglas, 2 Bettstellen mit Patentfedern u. 2 Nachttischen mit weichen Karmir billig zu verkaufen. 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Wunder im Menschen. Die neue, mit diesem Titel versehene, illustrierte, wissenschaftlich abgefaßte 48-seitige Broschüre — welche Aufklärung über Waldflora gibt, erhalten Sie in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern kostenlos. Die bekannten Giftefrei „Waldflora“. Naturprodukte (kein Tee) sind in folgenden Nummern zu haben: Bei: Gicht, Rheuma, Ischias, Adarverkalkung, Pickeln, Geschwüren, Hautausschlag, Flechten, oft, Bienen, Kopfschmerzen, Abspannung, Blutreinigung. . . W. Nr. 0 Zuckerkrankheit. . . W. Nr. 1 Nierenleiden. . . W. Nr. 4 Lungenleiden, Asthma. . . W. Nr. 5 Gallenleiden. . . W. Nr. 6 Magen- und Darmleiden. . . W. Nr. 8 Nerven- und Herzstörungen. . . W. Nr. 9 Stuhl-Störungen. . . W. Nr. 10 Fettleibigkeit. . . W. Nr. 11 Kleinpäckung 1,70 RM. — Kur für 4 Wochen 3.—RM. Verkauf in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern. Hersteller: Georg Rich, Pflug & Co., Gera-Thür.

Drucksachen aller Art liefert schnell und billig Verlagsdruckerei „Volksfreund“ G.m.b.H.

Thams & Garfs Tee's sind unerreicht. Morning Conno. 1/4 Pfd. nur 1.00. Java Orange Petoe. 1/4 Pfd. nur 1.15. Ceylon Orange Petoe. 1/4 Pfd. nur 1.35. Darjeeling Orange Petoe. 1/4 Pfd. nur 1.60. Thams & Garfs Kakao, lose 1 Pfund Mk. 0.90 und Mk. 1.40 in Paketen 1/2 Pfund von Mk. 0.35 an. Konfitüren und Schokoladen. Schokoladen. Thams & Garfs, Vollmilch-Schokolade 3 Ztl. 95.5. Schokoladenkäse 1/2 Pfd. n. 30.5. Schokolade 1/2 Pfd. nur 35.5. Zeltkaffee 1/2 Pfd. nur 35.5. Kaffee, offen 1/2 Pfd. n. 25.5. Teegebäude. 1/2 Pfd. nur 35.5. russ. Brot. 1/2 Pfd. nur 35.5. Schokoladenkaffee 1/2 Pfd. 30.5. Fondant Ringe. 1/2 Pfd. n. 20.5. Baumkugeln. 1/2 Pfd. nur 30.5. Marzipanartoffel 1/2 Pfd. 45.5. gebr. Mandeln 1/2 Pfd. nur 40.5. Zitronen. 1/2 Pfd. nur 30.5. Rautkaffee. 1/2 Pfd. nur 30.5. Milchzucker. 1/2 Pfd. n. 20.5. Kaffeebohnen. 1/2 Pfd. nur 20.5. Curacao. 1/2 Pfd. 3.60. Cherry Brandy. 1/2 Pfd. 3.60. Prallan Geschenck-Packungen in großer Auswahl und sehr preiswert — Lieferung frei Haus. Hamburger Kaffeelager Thams & Garfs Karlsruhe Zähringerstraße 53a Durlach Hauptstraße 25